

Archiv
Sozialdemokratischer Pressedienst
Friedrich-Ebert-Str. 53
53 Bonn
30. Okt. 1962

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/220

Bonn, den 30. Oktober 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	Starke spielt mit seiner Glaubwürdigkeit ----- Aufhebung des Großen Stichtages im LAG bewußt weiter verschleppt Von Reinhold Rehs, MdB Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Heimatvertriebene	82
3 - 3a	Kuba und die Berliner ----- Bocksprünge der SED-Pressa - Wüchsterne Einschätzung bei der Bevölkerung in West- und Ostberlin Von Eberhard Zackmann, Berlin	57
3a	Lob der Vereinten Nationen ----- Was wäre die Welt ohne die UNO ?	22
4	Verantwortlichkeiten nicht verwischen : ----- Spiegel-Aktion hat es in sich	16
5 - 7	Fragwürdiger Maßstab für den Geldwert (I) ----- Von Dr. Alex Köller, MdB	91

Ankündigung:

* Ministerpräsident Dr. Georg August Z i a n *
* schreibt in der Mittwoch-Ausgabe des *
* SPD-Pressedienstes zur Landtagswahl in Hessen *
* am 11. November 1962: *
* "POLITIK DER SOZIALE VERANTWORTUNG" *
* *****

Chefredakteur Günter Markscheffel

Starke spielt mit seiner Glaubwürdigkeit

Von Reinhold Rehs, MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Heimatvertriebene

Seit der vorjährigen Legislaturperiode des Bundestages kämpft die SPD-Bundestagsfraktion um die Aufhebung des sogenannten Grossen Stichtages vom 31. 12. 1952 im LAG, durch den die Heimatvertriebenen, die nach diesem Zeitpunkt aus der sowjetischen Besatzungszone in die Bundesrepublik gekommen sind, von den Ansprüchen aus dem LAG ausgeschlossen werden. Es handelt sich hierbei um rund 350.000 Menschen.

Am 13. 3. 1962 hatte die SPD-Fraktion erneut mit der 16. Novelle zum LAG den Antrag auf Beseitigung dieses Stichtages im Bundestag eingebracht. Nachdem auch die Bundesregierung in der Folgezeit den Entwurf einer Novelle - aber ohne Aufhebung des Stichtages - vorgelegt hatte, hatte der Lastenausgleichs-Ausschuss und der Vertriebenen-Ausschuss des Bundestages noch rechtzeitig vor den Parlamentsferien diese beiden Entwürfe verabschiedet. Sie hatten den sozialdemokratischen Antrag und die Regierungsvorlage zu einer 16. Novelle zum LAG zusammengefasst und darin auch den SPD-Antrag auf Beseitigung des Stichtages einstimmig angenommen.

Bundesfinanzminister Starke brachte die Verhandlung im Plenum aber dadurch zu Fall, dass er die 16. Novelle mit der Stichtagsbeseitigung zu einer Finanzvorlage erklärte mit der Behauptung, der Bundeshaushalt würde dadurch berührt, weil im LAG-Fonds keine Deckung für die durch die Stichtagsbeseitigung entstehenden Mehrkosten vorhanden sei, und weil ausserdem 16 andere Gesetze ebenfalls einen Stichtag enthielten. Schon hierbei ist von dem Bundesfinanzministerium falsch gespielt worden.

Die Fachleute des Bundes der Vertriebenen haben den Gesamtaufwand für die Stichtagsaufhebung auf 880 Millionen DM beziffert, das Bundesausgleichsamt legte demgegenüber eine Berechnung auf 2.294 Milliarden vor. Das Bundesvertriebenenministerium hatte seinerseits eine Berechnung angestellt, die etwa in der Mitte lag. Ausserdem behauptete das Bundesausgleichsamt einen Fehlbestand im Lastenausgleichsfonds von rund 1,5 Milliarden DM, während die Fachleute des Bundes der Vertriebenen effektive Überschüsse von rund 7 Milliarden DM errechnet hatten. Inzwischen hat das Bundesausgleichsamt jedenfalls seine Angaben über den angeblichen Fehlbestand im Fonds revidiert und zugeben müssen, dass in jedem Falle noch Reserven von mehr als zwei Milliarden DM vorhanden sind.

Da der Bundesfinanzminister nichts zur Klärung dieser Situation beigetragen hat, sah sich der Haushaltsausschuss, der die Deckungsfrage prüfen sollte, vor eine unmögliche Situation gestellt. Er konnte ohne klare Zahlenunterlagen nicht entscheiden, und die 16. Novelle konnte daher vor den Parlamentsferien nicht mehr ins Plenum gelangen. Bis zum heutigen Tage hat das Bundesfinanzministerium die für seine Behauptungen notwendigen Berechnungsunterlagen dem Haushaltsausschuss nicht vorgelegt. Stattdessen hat er versucht, die Behandlung im Haushaltsausschuss immer wieder hinauszuschieben.

In der Beratung des Haushaltsausschusses am 25. Oktober 1962 wurde von mehreren Mitgliedern der Regierungsfractionen das Bestreben deutlich, die 16. Novelle auch dieses Mal wieder nicht zur Beratung kommen zu lassen.

Nur der energischen Forderung des SPD-Abgeordneten Seidel war es zu verdanken, dass die Beratung vorgezogen wurde. Hierbei erklärten die Vertreter des Finanzministeriums abermals, dass sie über die finanziellen Auswirkungen der Stichtagsaufhebung und insbesondere einer Stichtagsverlegung in anderen Gesetzen keine endgültigen finanziellen Unterlagen geben könnten. Die Sozialdemokraten verlangten daraufhin das Erscheinen des Bundesfinanzministers.

Vor dem Ausschuss erklärte Starke, dass er keine Zahlen nennen könne, er habe eine Kommission eingesetzt, die die finanziellen Auswirkungen prüfen sollte, die Ergebnisse könnten nicht vor Weihnachten vorliegen. Die Novelle könne also nicht vor Anfang bzw. Frühjahr 1963 verabschiedet werden, wenn man den grossen Stichtag nicht ausklammert. In dieser Zwangslage hat sich die Mehrheit der Ausschussmitglieder für die Ausklammerung entschieden, um den verabschiedungsreifen übrigen Teil der 16. Novelle nicht auch noch weiter hängen zu lassen.

Diese Situation kann nur als eine offene Brückierung des Parlaments durch den Bundesfinanzminister angesehen werden. Offensichtlich hat der Bundesfinanzminister die Klärung der finanziellen Fragen gar nicht gewollt. Es ist bekannt, dass er sich auf Vorhaltungen dahin geäussert hat, er hätte die finanziellen Berechnungsunterlagen dem Ausschuss vorlegen können. Daran sei er aber nicht interessiert. Es ist auch bekannt, dass er sich ferner dahin geäussert hat, ehe nicht der letzte Zweifel gelöst sei, welche Kosten durch eine Stichtagsänderung in allen anderen Gesetzen, in denen es auch noch einen Stichtag gebe, entstehen könnten, dürfe es zu der Stichtagsbeseitigung im Lastenausgleich nicht kommen.

Nach diesen seinen eigenen Äusserungen ist der Bundesfinanzminister also sehr wohl in der Lage gewesen, zur Beurteilung der Stichtagsbeseitigung in der 16. Novelle zum LAG für den Haushaltsausschuss erforderlicher Unterlagen anzugeben. Er hat vor dem Haushaltsausschuss bewusst mit dem grossen Unbekannten operiert, damit er seine Verpflichtung zur wahrheitsgemässen Information einem Parlamentsorgan gegenüber verletzt.

Für die Vertriebenen bleibt jedenfalls festzustellen, dass eine solche Behandlung dieser seit Jahren brennenden Frage unerträglich ist. Wenn die Bundesregierung die selbstherrlichen Methoden des Bundesfinanzministers zulässt, wird sie die Konsequenzen mittragen müssen.

Die Krokodilströgen, die die Regierungsparteien jetzt über diesen Tatbestand scheinheilig vor den Vertriebenen und Flüchtlingen vergiessen, vermögen an der Unglaublichkeit der Sachlage nichts zu ändern.

Kuba und die Berliner

Von Eberhard Zachmann, Berlin

Der Wochenbeginn stand für Pankow und die SED-Propagandisten unter einem schlechten Stern. Hatten die Sonntagszeitungen in Ostberlin noch über eine "Isolierung des Provokateurs Kennedy" durch den Chruschtschow-Vorschlag triumphiert, zu einer Zurückziehung der Raketenbasen auf Kuba vor bei gleichzeitigem Abbau der US-Stützpunkte in der Türkei bereit zu sein, so mußte die wenige Stunden später von Moskau o h n e die bisherigen Bedingungen akzeptierte Demontage der kubanischen Raketenbasen selbst die raffiniertesten Dialektiker in Ostberlin durcheinander bringen.

Die Montagszeitungen in Ostberlin hatten alle Not, die Kehrtwendung Moskaus in der Kuba-Frage ihren Lesern zu servieren, ohne den für Pankow blamablen Eindruck eines sowjetischen Rückziehers aufkommen zu lassen. Wie wenig die neue Wendung Pankow in den Kran passte, liess das SED-Zentralorgan erkennen, das die Lösung der Kuba-Krise nicht einmal für die Aufmachung als wichtig genug betrachtete.

Hatten noch am Montag Überraschung und Unsicherheit die Reaktion der Ostberliner SED-Presse bestimmt, so fand Pankow am Dienstag mit einer Erklärung des antretenden Ministerpräsidenten Stoph wieder seine Sprache. Man brachte alles auf die sehr simplifizierende Formel: Die Sowjetunion hat der Welt den Frieden gerettet. Daß dies aber nur durch die Rückkehr Moskaus zur Vernunft möglich war, wurde verschwiegen. Auch die Tatsache, daß Moskau sich mit der Überwachung des sofortigen Abbaus der Raketenbasen durch die UNO einverstanden erklärt hatte, wurde von Stoph n i c h t erwähnt, ebensowenig, daß Chruschtschow alle bisherigen Bedingungen, deren Annahme für den Westen eine Schwächung bedeutet hätte, fallen gelassen hatte.

Für die Bevölkerung in Westberlin war die Beseitigung der drohenden Kriegsgefahr eine Erleichterung, wie sie in dieser Stadt seit langem nicht mehr verspürt wurde. Die realistische Einschätzung der Lage, wie sie aus vielen Gesprächen der Berliner herauszuhören war, machte jedoch deutlich, daß noch keineswegs alle Besorgnisse verschwunden sind. Nirgendwo kennt man die taktischen Schachzüge Chruschtschow so gut, wie gerade in der Stadt Berlin. Aus diesem Grund sind die Schlagzeilen, wie sie einige Massenblätter - leider auch in Westberlin - veröffentlichten, die von einer "Kapitulation Moskaus" sprachen, im allgemeinen nur mit Kopfschütteln aufgenommen worden.

Auch die Bevölkerung in Ostberlin - mag sie auch das Motiv für das Einlenken Moskaus in etwas anderem als der von Pankow proklamierten "Friedensliebe" Chruschtschows erblicken - reagierte bei aller Erleichterung und Genugtuung über die erfolgreiche feste Entschlossenheit der USA mit Überlegungen, die keineswegs auf die einfache Formel zu bringen waren, die Stärke des Westens habe gesiegt. Allerdings wird auch die Niederlage der Pankower Großsprecher deutlich gesehen, und freudig - ja nicht selten mit Schadenfreude - quittiert. Es sind vor allem zwei Punkte, die als eine Schwächung der SED-Politik betrachtet werden. Die Entwicklung hat die Pankower Regierung, die noch zuletzt auf einer Tagung des sogenannten Staatsrats die Raketenbasen auf Kuba als eine "Erfindung der Imperialisten" deklarieren liess, ganz offen als Lügner blossgestellt.

Noch wesentlicher scheint aber in den Augen der Ostberliner Bevölkerung die Tatsache zu sein, daß sich Moskau mit der Kontrolle des Abbaus der sowjetischen Raketenbasen durch die UNO einverstanden erklären mußte. Wie unangenehm dies für Pankow ist, zeigt sich daran, daß die Ostberliner Presse bestrebt ist, dieses Faktum als unwichtig in den Hintergrund treten zu lassen. Die Bevölkerung aber erinnert sich in diesen Augenblick sehr genau daran, daß die Kommunisten bisher stets eine internationale Kontrolle - sei es in der Abrüstungsfrage oder auch dann, wenn es sich um Aspekte der Deutschlandpolitik handelte, rigoros abgelehnt haben.

Lob den Vereinten Nationen

War wäre die Welt ohne die UNO ?

sp - Auch bei uns in der Bundesrepublik gehörte es eine zeitlang zum guten Ton, schlecht über die Vereinten Nationen zu sprechen. Es war und ist leicht, auf ihre Schwächen hinzuweisen, wobei allerdings übersehen wird, daß dieses Forum, auf dem sich die Völker der Welt begegnen, nur so stark sein kann, wie es dem Willen seiner Mitglieder entspricht. Die Vereinten Nationen können keine Wunderdinge erreichen, aber sie können schon durch ihre bloße Existenz die Entwicklung zum Schlimmsten verhüten. Und heute ist zu fragen: was wäre aus der Krise um Kuba geworden, gäbe es nicht die Vereinten Nationen?

Neben Chruschtschow und Kennedy spielt in diesem Drama der Generalsekretär der UNO, der Burmese U Thant, eine gleichgewichtige, ja fast überragende Rolle. Seine Autorität wird von beiden Seiten anerkannt, seine Vermittlerfunktion von beiden beansprucht. Den so oft geschmähten und verkannten Vereinten Nationen obliegt es nun, unter ihrer Verantwortung die Schlußstriche im Kapitel Kuba zu setzen. Das ist ein großer moralischer Gewinn, der auch Zinsen für die Zukunft tragen wird. Je mehr die Vereinten Nationen an Ansehen, moralischer Geltung und Autorität gewinnen, um so besser steht es dann um die Sache des Friedens. Daß sich die Sowjetunion als Weltmacht dieses Forums bediente, um eine von ihr ausgelöste gefährliche Weltkrise wieder zu lindern, läßt vielleicht auf einen erfreulichen Sinneswandel in der bisherigen Einschätzung dieser Weltorganisation durch Moskau hoffen.

Verantwortlichkeiten nicht verwischen

Spiegel-Aktion hat es in sich

sp - Je mehr über die Spiegel-Aktion bekannt wird, desto verworrener erscheinen gewisse "Amtswege", die hierbei beschritten worden sind. Da ist zunächst jene ominöse Verlautbarung zu registrieren - wer hat sie zuerst herausgegeben? - in der es heißt, der Anstoß zu den bundesanwaltschaftlichen und späteren Polizeimaßnahmen sei von "einer NATO-Stelle in Paris" gegeben worden. Diese Verlautbarung erfolgte vermutlich zu dem Zweck, die Verantwortlichkeit deutscher Stellen abzuschwächen und die Aufmerksamkeit auf die geheimnisumwitterte Ebene des NATO-Hauptquartiers in Fontainebleau zu lenken, von der man ohnehin weiß, daß dort aus begreiflichen Gründen Informationen schwer zu erhalten sind.

Aber kaum war diese "Verlautbarung" durch den deutschen Blätterwald gerauscht, da erfolgte schon ein Zurückziehen, der sowohl vom Verteidigungsministerium in Bonn wie auch von der Bundesanwaltschaft eingeleitet werden mußte, da man sich in Fontainebleau nicht gefallen lassen wollte, den schwarzen Peter für eine deutsche Anglogenheit zugeschoben zu bekommen.

Übrig blieb der vor kurzem aus dem militärischen Reservestand zum Brigadegeneral beförderte Würzburger Universitätsprofessor von der Heydte, der plötzlich als "Anzeiger" fungiert. Professor von der Heydte ist ein sehr eifriger Abendländer, der vor Jahren von sich reden machte, als er einmal vorschlug, man solle unter Umständen gewisse Einheiten der Bundeswehr konfessionell aufgliedern. Damals war Herr von der Heydte noch Professor in Mainz und erfreute sich dort der besonderen Wertschätzung des inzwischen verstorbenen rheinland-pfälzischen CDU-Kultusministers Dr. Finck.

Sehr ominös ist auch die "Aufbringung" des Spiegel-Redakteurs Conrad Ahlers in Malaga durch die spanische Polizei. In den ersten Meldungen war von Interpol die Rede, die das Geschäft der Verhaftung des Spiegel-Redakteurs besorgt haben sollte. Dann wurde erklärt, Interpol könne selbstverständlich nicht in Aktion getreten sein, weil diese internationale Polizeiorganisation keineswegs für politische Vergehen eingesetzt werden dürfe; die spanische Polizei habe Herrn Ahlers und seine Frau mitten in der Nacht aus dem Bett geholt und in das örtliche Gefängnis gebracht. Lange dauerte die Haft nicht, weil sich Herr Ahlers sofort bereit erklärte, in die Bundesrepublik zurückzukehren.

Trotzdem ist bei dieser ganzen Geschichte ein Haken. Es wird unter anderem jetzt behauptet, die spanische Polizei sei "auf diplomatischem Wege" ersucht worden, Herrn Ahlers zu stellen. Wenn diese Information richtig ist, dann müßte also irgendeine Stelle des Auswärtigen Amtes in Bonn eingeschaltet worden sein, denn ohne diese gibt es keinen "diplomatischen Weg".

Es wäre interessant zu erfahren, was man im Auswärtigen Amt zu dieser Unternehmung sagt; vielleicht könnte eine korrekte Auskunft klären, ob sich nicht irgendjemand von der Bonner Sicherheitsgruppe direkt mit der spanischen Polizei in Verbindung gesetzt hat.

Fragwürdiger Maßstab für den Geldwert (I)

Von Dr. Alex Möller, MdB

Die Preisentwicklung wird im Zusammenhang mit der Währungsstabilität und sozialpolitischen Fragen besonders kritisch erörtert. Wir sind gewöhnt, den Wert einer Währung, ihre Stabilität, am Preisniveau zu messen. Gebräuchlich sind hierbei Preisindexziffern. Unbestreitbar zeigen die Statistiken in dieser Richtung steigende Tendenz. Es fragt sich aber, ob der Anstieg, den wir etwa seit 1954 in der Entwicklung des Lebenshaltungsindex beobachten, gültiger Ausdruck der so oft beschworenen "schleichenden Geldentwertung" sein kann.

I.

Wenn man die Preisindexziffern der Lebenshaltung im Bundesgebiet auf der Basis 1938 (= 100) betrachtet, so haben sie sich seit der Währungsreform, also innerhalb von rund 14 Jahren, von 68 auf 199,3 erhöht, das sind 18,5 %. Die Erhöhung vollzog sich bis 1953 unter stärkeren Schwankungen im Vergleich zum dann folgenden Zeitraum. Seit 1954 zeigt sich ein anhaltender Anstieg. Auf den ersten Anschein läßt sich darauf ein anhaltendes Absinken der Kaufkraft ableiten.

Diese Überlegung verliert an Gewicht, wenn man den Indexanstieg nicht in der langen Entwicklungsreihe, sondern die Änderungsrate in Prozenten zum Vorjahr betrachtet. Hier ergibt sich folgendes:

1949	-	1,2	1956	÷	2,3
1950	-	6,0	1957	÷	2,3
1951	÷	7,7	1958	÷	2,2
1952	÷	1,8	1959	÷	0,7
1953	-	1,8	1960	÷	1,3
1954	÷	0,6	1961	÷	2,5
1955	÷	1,8	1962	÷	3,5
			bis August		

(vgl. Statistisches Jahrbuch 1962, Seite 505).

Auch diese Zahlenreihe zeigt im Grunde lediglich so viel, daß kurz nach der Währungsreform einige Jahre der Preisindex der Lebenshaltung relativ starken Schwankungen unterworfen war, während mit Beginn des Jahres 1954 eine gewisse Stabilisierung der Änderungsrate,

Wenn auch steigenden Trends, eintrat. Es muß aber berücksichtigt werden, daß der gesamte Beobachtungszeitraum auf der Basis 1938 fundiert und der Zeitraum von der Währungsreform bis heute eine zweimalige Veränderung der Berechnungsgrundlagen brachte (Basisjahre 1950 und 1958).

Trennen wir nach den unterschiedlichen Basisjahren, so ergeben sich für 1949 und 1950 (bezogen auf 1938) - 2 und - 10.

für	1951	}	(Bezogen auf 1950)	+ 8,	
	1952			+ 2,	
	1953			- 2,	
	1954			+ 0,	
	1955			+ 2,	
	1956			+ 3,	
	1957			+ 2,	
	1958			+ 4,	
für	1959	}	(Bezogen auf 1958)	+ 1,	
	1960			+ 1,	
	1961			+ 3,	
	1962			+ 3,	
	bis August 1962				

II.

Die Indexberechnung für die Lebenshaltung muß auf die tatsächlichen Verhältnisse abgestimmt sein, auf die Lebensgewohnheiten und den Lebensstandard. Von Zeit zu Zeit werden deshalb die Wahl eines neuen Basisjahres und eines neuen Wägungsschemas (Warenkorb) notwendig. Es handelt sich hier um die Grundlagen, auf denen die Preisindexberechnung der Lebenshaltung beruht. So bedeutet das neue Basisjahr die Beurteilung veränderter Verhältnisse. Das gewöhnliche Wägungsschema (z. B. mittlerer Arbeitnehmer-Haushalt) setzt sich aus den wichtigsten Gütern und Dienstleistungen des Verbrauchs eines privaten Haushalts und der Aufgliederung des Gesamtverbrauchs auf die verschiedensten Positionen zusammen. Dabei muß es darauf ankommen, zeitnahe zu sein.

Beispielsweise kam 1958 als Jahr der relativ ruhigsten Preisentwicklung in Betracht. Außerdem hatte es das Statistische Amt der EWG als das erste Jahr nach Inkrafttreten der Verträge von Rom als Basis- und Bezugsjahr gewählt. Auch dem neuen (allgemeinen) Wägungsschema liegen die Verbrauchsausgaben eines Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushalts ("Indexfamilie") mit zwei Kindern (davon eines unter 15 Jahren) und mit nur einem Einkommensbezieher zugrunde. Dabei mußte berücksichtigt werden, daß die ehemals "gehobene" Verbrauchsgruppe (von 1950) im Jahre 1958 nur noch als "mittlere" gelten konnte. Die ursprünglich besonders bedeutsamen Ernährungsausgaben sind in den Hintergrund getreten. Das einmal weil in Verhältnis zur Preisentwicklung anderer Bedarfsgruppen

*) Bei einer zeitgerechten Betrachtung erhebt sich für zahlreiche Arbeitnehmerhaushalte die Frage, ob die Zugrundelegung eines einzigen Einkommensbezieher noch die Regel ist. Hier sollte die Statistik zwischen einem und zwei Einkommensbezieher die Wahl eines angemessenen Zwischenwertes erwägen.

die Preise für Nahrungsmittel weitaus geringer stiegen, vergleichsweise von 1958 (= 100) bis 1960 im Durchschnitt:

Wohnung	+ 8,7
Bildung, Unterhaltung, Erholung	+ 4,4
Verkehr	+ 3,1
Reinigung und Körperpflege	+ 2,6
Ernährung	+ 2,4
Heizung und Beleuchtung	- 2,0
Bekleidung	+ 1,7

(Wirtschaft und Statistik Heft 6, 1961, Seite 382).

Zum anderen hat das Gewicht der Ernährungsausgaben im neuen Wägungsschema (1958) gegenüber dem vorherigen (1950) und im Vergleich zu den übrigen Bedarfsgruppen der Lebenshaltung merklich abgenommen:

Wägungsschema

Bedarfsgruppe	Anteil in v.T.		Veränderung in v.F.
	1950	1958	
Ernährung	461,3	385,3	- 16,5
Getränke u. Tabakwaren	70,7	85,4	+ 20,8
Wohnung	102,0	93,5	- 8,3
Heizung und Beleuchtung	51,6	48,0	- 7,0
Hausrat	49,6	86,9	+ 75,2
Bekleidung	129,8	131,0	+ 0,9
Reinigung und Körperpflege	42,6	44,2	+ 3,8
Bildung, Unterhaltung, Erholung	64,0	65,5	+ 2,3
Verkehr	28,4	40,2	+ 41,5

Lebenshaltung insgesamt 1000 1000
(Bulletin Nr. 39 vom 25.2.1961, Seite 35).

Es wird mehr Geld für andere als Ernährungszwecke, insbesondere für Kraftfahrzeuge, Schulbildung und Erholung ausgegeben. In zunehmendem Maße werden bei Gebrauchs- und Verbrauchsgütern Markenartikel und bessere Ausstattung bevorzugt. In Anbetracht mancher veränderter Verbrauchsgewohnheit und höherer Ansprüche kann ein tendenzieller Anstieg der Lebenshaltungskosten nicht wundernehmen. Die Indexzahlen berücksichtigen auf lange Sicht nicht einige wichtige Ursachen für Preissteigerungen, wie veränderte Lebensgewohnheiten ("Der Verbraucher läßt sich die Lebenshaltung mehr kosten"), verbesserte Qualität und den Fortschrittsfaktor (notwendig gesteigerte Investition mit fortschreitender Technik und gesteigerter Nachfrage).

Man muß also

1. den Aussagewert der Indexzahlen als solche mit Vorsicht bewerten und überdies
2. der Preisentwicklung den Wechsel der Bedürfniskategorien gegenüberstellen.

Der Mangel an Arbeitskräften und die ständig steigenden Anforderungen auch hinsichtlich der Qualität der Dienstleistungen beeinflussen den Preisindex merklich. Auf der anderen Seite wäre es nicht gerechtfertigt, die Löhne und Gehälter allein im Hinblick auf die steigenden Indexziffern der Preise bremsen zu wollen.

(II. Teil folgt)